

An das

**BUNDESMINISTERIUM  
FÜR EUROPÄISCHE  
UND INTERNATIONALE  
ANGELEGENHEITEN  
Völkerrechtsbüro**  
A-1014 Wien, Minoritenplatz 8  
Tel.: 0501150-3375, FAX: 0501159-3375

GZ: BMeiA-AT.8.19.11/0222-I.A/2010

per E-Mail  
Postfach [upr@bmeia.gv.at](mailto:upr@bmeia.gv.at)

Wien, am 30. August 2010

**Betreff: Stellungnahme zum Berichtsentwurf des österreichischen Staatenberichts für die Universelle Staatenprüfung (Universal Periodic Review, UPR) durch den Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen Einladung**

Sehr geehrte Damen und Herren!

Die ISPA, als Vertreterin der Internetwirtschaft in Österreich, sieht die Einbindung der relevanten Akteure, einschließlich Nichtregierungsorganisationen, bei der Erstellung des österreichischen Staatenentwurfs als wichtige Grundlage und gibt nachstehende Stellungnahme zum vorliegenden Entwurf ab.

„Löschung statt Sperren“ ist das Ziel der ISPA-Initiative Stopline

Wir sind erfreut, dass im Kapitel „J. Menschenrechte in der Informationsgesellschaft“ die von uns eingerichtete Meldestelle „Stopline“ prominente Erwähnung findet. Wie zutreffend angeführt handelt es sich dabei um eine Meldestelle im Internet, an die sich Internetnutzerinnen und Nutzer - auch anonym - einfach, schnell und unbürokratisch wenden können, wenn sie oder er im Internet auf Webseiten mit kinderpornografischen Inhalten oder nationalsozialistischen Wiederbetätigungsinhalten stößt. Wird nach Überprüfung der gemeldeten Inhalte ein Verstoß gegen österreichische Gesetze erkannt, wird sofort die zuständige Exekutive, der gegebenenfalls betroffene österreichische Provider und die ausländischen Partner-Hotlines von INHOPE, einem Netzwerk von Hotlines gegen illegale Inhalte im Internet, informiert.

Das Ziel der Stopline ist jedoch nicht die Sperrung der illegalen Inhalte, wie die entsprechende Passage im Entwurf zum Bericht gelesen werden könnte, sondern die Entfernung des Materials am Ursprungsort.

Die ISPA hat in der laufenden Diskussion zur Einführung von Internetsperren klar die Position (vgl Anlage, sowie abrufbar unter <http://www.ispa.at/know->

[how/positionspapiere/zugangssperren-gegen-kinderpornografie/](#)) bezogen, dass Internetsperren kein verhältnismäßiges Mittel zur Bekämpfung von Pädokriminalität im Internet darstellen und nicht nur aufgrund der technischen Ineffizienz sondern auch grundrechtlich kritisch gesehen werden.

Wir ersuchen daher um Klarstellung im Berichtsentwurf, dass das Löschen von Websites mit dem angeführten illegalen Inhalt sowie die Verfolgung der Täter, und nicht Internetsperren, das ausschließliche Ziel der ISPA-Initiative Stopline ist. Insbesondere ist es uns wichtig, dass die auf Seite 21, oberster Absatz, letzte Zeile des Staatenberichts befindliche Passage:

*„Neben Internetsperren sollte auch das Löschen von Websites mit kinderpornographischem Inhalt in Betracht gezogen werden.“*

aus dem Zusammenhang mit der ISPA-Initiative Stopline entfernt wird.

Für Rückfragen stehen wir, gerne auch in einem persönlichen Gespräch, jederzeit zur Verfügung.

Mit besten Grüßen,

ISPA Internet Service Providers Austria



Generalsekretär  
Dr. Andreas Wildberger

Anlage: Positionspapier Zugangssperren gegen Kinderpornografie